Nummer 1 Berlin, 1. Januar 1915. 27. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postscheckkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Rückblick auf das Kriegsjahr 1914. — Vom „Segen" der Eroberungspolitik. — Wie die Notlage der Textilarbeiter ausgenutzt wird. — Zum Anschluß der Spitzen- und Stickereizeichner an den Deutschen Textilarbeiterverband. — Die Wochenhilfe während des Krieges. — Soziales. — Vermischtes. — Wir Mütter (Gedicht). — Verbandsanzeigen. — Feuilleton: Kriegsarbeit der Frauen.

Rückblick auf das Kriegsjahr 1914.

✡ Es kann sich für uns natürlich hier nur um einen wirtschaftlichen Rückblick handeln, und auch nur insoweit, als die Textilindustrie dabei ganz besonders in Frage kommt.

Für die größten Branchen unserer Industrie begann das Jahr 1914 recht ungünstig. Insbesondere die Baumwollwebereien saßen damals arg in der Klemme. Mitte des Jahres 1913 sah es so aus, als ob wir eine Riesenernte in amerikanischer Baumwolle bekommen würden. Das veranlaßte einige Berliner Grossisten der Baumwollbranche zur Herausgabe herabgesetzter Preislisten für Webware. Bald darauf lauteten die Meldungen über die zu erwartende Ernte ungünstiger, die Rohbaumwollpreise stiegen und verhinderten, daß die Webereien in den Besitz so billiger Garne kommen konnten, um auch mit den Webwarenpreisen herabzugehen. Die Warenverbraucher aber, sich stützend auf die herabgesetzten Preise der Berliner Grossisten, wollten unbedingt ermäßigtere Webwarenpreise haben und da sie diese nicht erhielten, gaben sie den Webereien verhältnismäßig kleine Aufträge. Der Mangel an Aufträgen wurde deshalb am Beginn des abgelaufenen Jahres besonders in Süddeutschland so erheblich, daß die dortige Unternehmerorganisation beschloß, für die ersten drei Monate wöchentlich eine Produktionseinschränkung von zehn Stunden eintreten zu lassen. Die Arbeiterschaft jener Betriebe erlitt teilweise ganz erhebliche Lohnausfälle. Später stellte es sich heraus, daß das Jahr 1913 zwar keine Rekordernte in amerikanischer Baumwolle zu verzeichnen hatte, daß andererseits aber auch keine Rede sein konnte von einer ungenügenden Ernte. Der Schlußbericht des Zensusbureaus über die entkörnte Baumwollmenge für 1913 stellte fest, daß ein Quantum von 14 594 000 Ballen entkörnt worden war. Das amerikanische Ackerbaubureau in Washington hatte im Dezember 1913 das Quantum der Gesamternte nur auf 13 677 000 Ballen geschätzt; demnach also die ganz gewaltige Unterschätzung von rund 1 Million Ballen zu verzeichnen. Ein neuer Beweis dafür, daß den Schätzungen der amerikanischen Landwirtschaftsbehörde recht wenig Wert auf Zuverlässigkeit beigelegt werden kann. Hätte das Ergebnis der Ernte am Jahresschluß 1913 vorgelegen, dann hätte die Spekulation nicht solchen Schaden anrichten können, wie sie es hinsichtlich der Beschäftigung in den Webereien getan hat. Denn dann hätte eben jedermann klar sehen können und es wäre leichter möglich gewesen, das bei den Kaufleuten erschütterte Vertrauen wieder zu befestigen.

Auch für die Ernte des verflossenen Jahres hat das amerikanische Ackerbauamt in seinem Schlußbericht vom 10. Dezember 1914 zweifellos ein zu niedriges Quantum geschätzt. Bei einer Gesamtackerzahl von 36 960 000 Hektar soll ein Erntequantum von 15 966 000 Ballen a 500 Pfund zu erwarten sein. Wir können besonders in diesem Jahre mit einer erheblichen Unterschätzung rechnen, da durch den Weltkrieg der Konsum von Baumwolle gegen frühere Jahre sehr zurückbleibt, und die Amerikaner befürchten, daß die Preise für den Rohstoff noch erheblich herabgehen würden, wenn bekannt würde, daß wir in Amerika mit einem Quantum von zirka 17 000 000 Ballen Baumwolle zu rechnen haben. Die Kontrolle des Marktes ist zurzeit nicht leicht; aber soviel dürfte wohl gesagt werden können, daß sich in bezug auf die Preise günstige Versorgungsmöglichkeiten für die Baumwollspinnereien bieten werden, und daß eine reichliche und preiswerte Versorgung mit Rohbaumwolle nur durch Transportschwierigkeiten einige Einbuße erleiden wird. Die Preise für Baumwolle auf Lieferung stellten sich am 11. Dezember in New York 32 bis 22 Punkte niedriger, in New Orleans 27 bis 19 Punkte niedriger als am 4. Dezember. — In den Vereinigten Staaten von Amerika beliefen sich die Zufuhren zu den Häfen vom 4. Dezember bis zum 11. Dezember auf rund 374 000 Ballen, seit dem 1. August aber auf 3 476 000 Ballen. Die Ausfuhr von dort nach Großbritannien erreichte 129 000 Ballen, seit dem 1. August 1914: 824 000 Ballen, die Ausfuhr nach dem europäischen Festland dagegen 122 000 Ballen und seit dem 1. August 684 000 Ballen.

Wir glauben, daß der Baumwollindustrie Deutschlands im kommenden Jahre keine solche Schwierigkeiten entstehen werden wie vor Jahresfrist.

Neben der Baumwollindustrie war es die Tuchindustrie, die sich am Beginn des verflossenen Jahres in einer ernsten Krise befand. Die Ursache dazu bestand in dem Interessenstreit zwischen der damals ins Leben getretenen Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft der deutschen Tuchgroßhändler. Der Kampf nahm in den ersten Wochen einen sehr scharfen, bis zur Sperrung des Warenbezuges führenden Charakter an. Auch hierunter hatten die Arbeiter wirtschaftlich schwer zu leiden. Daß sich die Tuchindustrie, wo noch viele Kleinbetriebe erhalten sind, zu einer Konvention zusammenschloß, kann man verstehen, wenn man weiß, daß die kapitalkräftigen Tuchhändler von Jahr zu Jahr kostspieligere Ansprüche stellten, ohne sich zu fragen, was dann aus den Unternehmungen der Hersteller wird. Letzten Endes sind es doch immer die Arbeiter, auf deren Schultern die ganze Last ruht, welche die Abnehmer für die Lieferanten bereit halten. Wir haben uns daher auch nicht gegen die Gründung der Tuchkonvention gewandt, sondern nur gegen eine Reihe von Mißgriffen, welche von der Konvention begangen wurden und die ihr die Existenz in der ersten Zeit unnötig schwer machten.

Auch eine Anzahl anderer Textilkonventionen machten im abgelaufenen Jahre unrühmlich von sich reden und zwangen uns, im Interesse der Arbeiter drangsalierter Unternehmer uns mit der gebotenen Schärfe gegen jene Konventionen zu wenden.

Der Ausbruch des Weltkrieges rief natürlich in nahezu allen Branchen eine Unterbrechung in der Produktion hervor. Besonders schlimm, schlimm bis auf den heutigen Tag, erfaßte diese Störung jene Branchen, welche ihr Hauptabsatzgebiet in den Ländern hatten, die mit Deutschland im Kriege stehen und die Waren herstellen, für welche Heer und Marine keinen oder nur geringen Bedarf haben. Da ist besonders die Strumpfwirkerei des Erzgebirges und die Stickereiindustrie zu nennen; auch die Wirkhandschuhbranche gehört hierher. Die erzgebirgische Strumpfwirkerei hatte in den letzten zwei Jahren Hochkonjunktur. Für den zum Teil in Amerika verlorengegangenen Markt hatte sie in Rußland guten Ersatz gefunden. Großbritannien, Rußland und Amerika sind die Hauptabnehmer der Produkte jener Branche. Durch den Ausbruch des Krieges wurde hier das Geschäft wie abgeschnitten. Mit Amerika stehen wir zwar nicht im Krieg, aber die deutsche Handelsschiffahrt ist stark gefährdet, so daß der Export nahezu unmöglich ist. Die Folge davon war, daß viele kleine Betriebe die Produktion ganz einstellten und die Großbetriebe nur zwei Tage in der Woche arbeiten ließen. Inzwischen sind ja den Betrieben etwas Militäraufträge zugegangen, aber das zieht für jene Industrie, die für die Massenfabrikation eingerichtet ist, nicht. Die dortige Arbeiterschaft wird durch den Krieg wirtschaftlich enorm geschädigt. Dasselbe gilt für die Arbeiterschaft in der vogtländischen Stickereiindustrie. Auch hier hat der Krieg den dort nur schwachglimmenden Lebensfaden zerrissen. Das trifft die Beteiligten um so schwerer, als hier schon jahrelang ein schlechter Geschäftsgang bestand. Nicht ganz so schlimm, immerhin aber schlimm genug, wurde die Samt- und Seidenindustrie durch den Krieg geschädigt. Die Produkte dieser Industrie sind eben zum erheblichen Teil Materialien für Luxusartikel und zur Anschaffung solcher ist die Zeit eines Krieges, wie wir ihn jetzt durchmachen, für die meisten Leute nicht geeignet.

Andere Branchen unserer Industrie sind durch den Krieg in eine ungewöhnliche Hochkonjunktur hineingeworfen worden; vor allem die Tuch- und Leinenwebereien, sowie die Wirkwaren- und Trikotagenindustrie. Es entstand mit dem Herannahen des Herbstes und Winters ein ungeahnter Bedarf in warmer Unterkleidung. Leibbinden, Lungen- und Kopfschützer, Knie- und Pulswärmer wurden zu Millionen gebraucht. Da gab es Aufträge! Auch in wollgemischten Hemden und Unterhosen, wie in gestrickten Unterjacken war der Bedarf enorm. Nicht nur die Heeresverwaltung brauchte viel, sondern auch die Bevölkerung, die, angeregt durch die Spendung von Liebesgaben an unsere Krieger, kolossale Mengen von den genannten Waren kaufte. Leider standen die Arbeitslöhne vielfach im umgekehrten Verhältnis zu den Preisen, welche die Unternehmer für die Waren verlangten. Im „Konfektionär" befindet sich eine recht bewegliche Klage über die hohen Warenpreise, die um deswillen besonders erwähnenswert ist, weil sie aus der sächsischen Wirkwarenindustrie kommt, die wir in den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres mehrfach wegen rücksichtsloser Lohnreduktionen angreifen mußten. Der ew-Mitarbeiter des „Konfektionär" aus der sächsischen Wirkwarenindustrie schreibt unter anderem:

„Unangenehm empfunden wird es, daß die Preise für die einzelnen Waren so sehr in die Höhe gegangen sind, **in vielen Fällen stehen dieselben in keinem normalen Verhältnis zu den Notierungen der Rohmaterialien und der Löhne.**"

Das ist gewiß für die Arbeiter recht interessant; denen will man einreden, es sei nötig, jetzt billiger zu arbeiten, während die Warenpreise unverhältnismäßig hochgetrieben werden. Wir werden uns noch besonders mit dieser Erscheinung und ihren Ursachen befassen.

Am 8. Dezember 1914 beschloß die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Juteindustrieller G. m. b. H. (Sitz Braunschweig) die Kündigung des Gesellschaftsvertrages für den 31. Dezember 1915. Man spricht nun von einer Auflösung des Jutekartells. Daran glauben wir nicht. Bis zum 31. Dezember d. J. ist noch eine lange Zeit. Bis dahin dürfte wohl eine Klärung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten sein und dann wird auch das Jutekartell in der einen oder anderen Form wieder in Kraft treten. Dem Kartell gehörten an 32 Firmen mit rund 14 900 Spindeln und 7500 Webstühlen. Die Juteindustrie Deutschlands war zu 97 Proz. darin vertreten.

Wie alle Jahre, so fand auch am Schlusse des abgelaufenen Jahres die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Leinenindustrieller statt, die von zahlreichen Angehörigen der Leinen-, Hanf- und Juteindustrie besucht war. Es ist in diesem Jahre für die Arbeiterschaft jener Branchen besonders wichtig zu erfahren, was die Fachleute dort über die Beschaffenheit der Existenzbedingungen jener Industriezweige gesagt haben.

Ein eingehender Bericht über die Lage der Juteindustrie wurde vom Verband Deutscher Juteindustrieller durch Herrn Direktor Haasemann erstattet. Die Ausführungen dieses Berichterstatters gipfelten darin, daß die durch den Krieg hervorgerufene Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung für den von ihm vertretenen Zweig ganz besonders ins Gewicht falle. Man hege immer noch die Hoffnung, daß es möglich sein werde, einer drohenden Arbeitseinstellung in der Juteindustrie vorzubeugen. Die Lage der Hanfindustrie wurde durch Herrn Direktor F. Knispel-Füssen und durch Herrn Direktor F. Heymann-Köln behandelt. Beide konnten darlegen, daß trotz der verhinderten Einfuhr überseeischen und russischen Hanfes die Befürchtung eines Mangels an Hanf für die deutsche Industrie nicht bestehe, um so mehr, da Italien, welches eine ziemlich gute Hanfernte habe, eine größere Menge von Rohstoff für die Ausfuhr freigegeben habe. Die Exportaussichten seien verhältnismäßig günstig. Der Bedarf des Inlandes habe durch die Käufe der Heeresverwaltung recht bedeutenden Umfang angenommen. Das letztere konnte auch Direktor Heymann in bezug auf Tauwerke betonen.

Ueber die russische Flachsernte und die Entwickelung des Flachsmarktes gab Herr Ernst Kirchner-Breslau einen Bericht. Seiner Ansicht nach entspräche die neue russische Flachsernte sowohl in bezug auf die Beschaffenheit wie hinsichtlich der Menge nicht den Ansprüchen. Die Ernte dürfte um zwei Drittel geringer als eine normale Ernte ausfallen. Im übrigen seien alle Kombinationen hinfällig, da weder eine Zufuhr aus Rußland möglich wäre, noch aber von dort zuverlässige Marktberichte zu erhalten seien.

In seinem Bericht über die Lage der deutschen Flachsspinnerei gab Herr Generaldirektor H. Janson-Neusalz die erfreuliche Versicherung ab, daß die Rohstoffversorgung der deutschen Flachsspinnerei gesichert sei. Um sich für die Zukunft vom Auslande unabhängig zu machen, wäre es nötig, immer und immer wieder die Hebung des einheimischen Flachsbaues auf genossenschaftlichem Wege zu fördern. Die Regierung hätte diesem Vorgehen auch ihre Unterstützung angedeihen lassen.

Für die Berichte über die Lage der Leinenweberei waren vier Berichterstatter bestellt, von denen Herr Georg Kisker-Bielefeld die Lage der Feinweberei als eine bisher wenig erfreuliche kennzeichnet. Die Aussichten hätten sich jetzt aber gebessert und bei Anhalten dieser Nachfrage würde ein rasches und scharfes Anziehen der Preise nicht zu vermeiden sein. Die übrigen Referenten, Herr Oskar Wolff-Stadtoldendorf, Kommerzienrat Gottschalk-Kassel und Helft-Bleicherode, konnten über lebhaften Geschäftsgang in ihrem Zweig Bericht geben. Alle Vertreter waren darin einig, daß die Leinenweberei, soweit der Heeresbedarf in Betracht kommt, außerordentlich stark beschäftigt sei und auch für die Zukunft auf einen befriedigenden Geschäftsgang zu rechnen habe.

Der Verband Deutscher Hanfindustrieller bildete einen Ausschuß, um den Hanfanbau in Deutschland zu studieren und zu fördern. Bei dem Mangel dieses Rohmaterials wird die Wiederaufnahme und Verbreitung des deutschen Hanfanbaues nicht nur einen Schritt auf dem Wege bilden, die deutsche Industrie vom feindlichen Auslande unabhängig zu machen, sondern auch gleichzeitig der deutschen Landwirtschaft einen willkommenen Ersatz bieten für etwaige Verminderung des Zuckerrübenanbaues. Nach den bereits

jahrelang fortgesetzten erfolgreichen Versuchen ist auf gutes Gelingen zu rechnen.

Infolge der gestiegenen Rohstoffpreise hat sich, wie bereits gemeldet, der Verband deutscher Hanfindustrieller veranlaßt gesehen, die Bindegarnpreise um 14 Pf. netto, die Preise aller anderen Fabrikate um 20 Pf. brutto mit sofortiger Wirkung zu erhöhen.

Alles in allem war das Kriegsjahr 1914 auch in wirtschaftlicher Beziehung für die meisten Textilarbeiter Deutschlands ein Jahr, das sie ihres Lebens nicht froh werden ließ. Hoffentlich kehrt nun der Friede bald zurück und damit auch in jeder Beziehung eine bessere Zeit.

Vom „Segen“ der Eroberungspolitik.

✡ An den Stammtischen unserer Bierbankstrategen und auch in manchen bürgerlichen Zeitungsredaktionen wird jetzt schon eifrig gestritten über die Verteilung der Haut des Bären, der noch gar nicht erlegt ist, ja, von dem man noch gar nicht einmal weiß, ob er überhaupt erlegt werden wird. Wir halten ein solches Gebaren nicht nur für töricht, sondern auch für sehr schädigend. Denn eine solche Bramarbasiererei über die Neugestaltung der europäischen Landkarte muß naturnotwendig den Widerstand derjenigen Völker anstacheln, deren Landgebiet bei der eventuellen Neugestaltung der Landkarte Einbuße erleiden soll. Es ist das auch, wie wir erfreulicherweise erst durch das Verbot des Erscheinens der „Staatsbürger-Zeitung“ ersehen konnten, die Ansicht der Heeresverwaltung. Trotzdem aber bleibt die Propagierung von Eroberungsabsichten nicht aus. Der konservative Graf v. Reventlow kleidete in der „Deutschen Tageszeitung“ vor einiger Zeit die Propagierung dieser Absichten, Belgien gegenüber, in einen Artikel über „Englische Glacispolitik“. Wir werden uns auf dieses Gebiet nicht begeben. Wir halten solche Schwätzereien für ebenso bösartig, wie das Geschwätz, den Arbeitern könne es gleich sein, unter welchem Regime und von welchen Kapitalisten sie ausgebeutet werden. Daß das den Textilarbeitern nicht gleich sein kann, und was es bedeuten möchte, wenn z. B. Oesterreich sich das industriell so hoch entwickelte Russisch-Polen mit seiner kolossalen Textilindustrie in Lodz und Umgebung einverleiben würde, oder Deutschland das Industrieland Belgien mit seinen **170 000 Textilarbeitern**, und die textilindustriell nicht minder hochentwickelten Gebiete in Nordfrankreich, das läßt sich aus einer Schrift ableiten, die ein französischer Generalstabsoffizier schon vor fünf Jahren gegen die Revanchepolitik seiner Landsleute geschrieben, deren Ziel es immer war, die Reichslande Elsaß-Lothringen wieder Frankreich zuzuführen.

Jene Schrift ist kürzlich in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ skizziert worden und ist insbesondere auch für uns Textilarbeiter sehr interessant, weshalb wir den Artikel im nachstehenden wiedergeben wollen:

Im Jahre 1909 erschien ein ungemein wertvolles und lehrreiches Werk von dem französischen Generalstabshauptmann Bernard Serrigny über die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des nächsten Krieges. Dabei geht er besonders ausführlich auf die Frage ein, welche Folgen die Annexion von Elsaß und Lothringen für die daran beteiligten Länder gehabt hat, und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß zunächst alle Teile schwer geschädigt würden.

Der wichtigste Industriezweig der annektierten Provinzen war die Baumwollindustrie, die besonders im Oberelsaß, in Mülhausen und dessen Umgebung blühte. **1 700 000 Spindeln** waren im Betrieb, **35 000 Webstühle** und **120 Druckmaschinen.** In Mülhausen und seiner nächsten Umgebung allein lebten gegen **80 000** Menschen von der Textilindustrie. Diese stand aber in engster Verbindung mit den Webereien, die in den Tälern der Vogesen die Wasserkräfte dieser Gegenden ausnützten. In großen Mengen ging Garn von Mülhausen nach den Vogesen, das Gewebe aber von dort wieder nach Mülhausen, um hier gebleicht, gefärbt und bedruckt zu werden. Die fertige Ware ging nach Paris und von dort als „Pariser Neuheit“ in die ganze Welt. Doch noch viel weiter nach Frankreich gingen die feineren Garne und Zwirne der elsässischen Spinnereien. Die Webereien und Spitzenfabriken von Saint-Quentin und Tarare bezogen den größten Teil ihres Materials von dort. Umgekehrt gingen wieder größere Garne von Rouen nach den Webereien des Elsaß und fertige Stoffe von dort in die Druckereien der Normandie. Kurz, das wirtschaftliche Leben des Elsaß war aufs innigste mit dem Frankreichs verflochten, die Industrien hier und dort waren aufeinander angewiesen und ergänzten sich gegenseitig.

Als nun die Annexion der Reichslande kam, da wanderten viele Kleingewerbetreibende nach Frankreich aus. Aber die Baumwollindustrie Mülhausens war fast ebenso an den Boden gefesselt, dem sie entstammte, wie die sich schon damals stark entwickelnde Metallindustrie. Es waren nicht nur die wertvollen Baulichkeiten und Maschinen, die den Abzug verhinderten, sondern Mülhausen besaß auch die Schulen, an denen die technischen Fertigkeiten vermittelt wurden, und eine Arbeiterschaft, die für diese Industrie, die damals internationalen Ruf genoß, besonders vorgebildet war und die sich nicht beliebig verpflanzen ließ.

Die Lostrennung der Reichslande von Frankreich durchschnitt nun aber alle die Beziehungen, die bis dahin die elsässische Industrie mit der Frankreichs verbanden. Die Webereien in den Vogesen, in Saint-Quentin, die Spitzenindustrie von Südfrankreich waren nun durch Zollschranken von ihrem alten Garnlieferanten getrennt, die elsässischen Weber konnten ihr Kettengarn nicht mehr aus Rouen beziehen. Die französische Textilindustrie mußte sich nun einen Ersatz für Mülhausen schaffen, gewaltige Kapitalien mußten aufgewendet werden, um neuerlich Spinnereien, Webereien und Druckereien zu schaffen, die die bisher von Mülhausen gelieferten Qualitäten herstellten, und das mußte zur selben Zeit geschehen, wo der furchtbare Krieg, der sich ganz auf französischem Boden abgespielt hatte, und die Zahlung der riesigen Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franken den Kapitalreichtum des Landes schwer beeinträchtigt hatten. Tatsächlich wurde denn dieser Ersatz auch nur teilweise geschaffen und lange Zeit war Frankreich darauf angewiesen, sich die entsprechenden Garne aus England und Amerika zu beschaffen. Wohl nicht mit Unrecht mißt Serrigny diesen Verhältnissen eine Hauptschuld an dem industriellen Stillstand Frankreichs seit 1870 bei.

Weniger schmerzlich als dieser Verlust der Baumwollindustrie Mülhausens war für die französische Volkswirtschaft der Wegfall der damals noch verhältnismäßig wenig entwickelten lothringischen Eisenproduktion. Denn für den Bedarf Frankreichs genügte insbesondere angesichts des verlangsamten Tempos seiner Produktion in den nächsten Jahren die eigene Eisenerzeugung.

Noch stärker aber als die französische wurde die deutsche Industrie durch den plötzlichen Zuwachs eines gefährlichen Konkurrenten aus dem Gleichgewicht gebracht. Im Jahre 1870 zählte man im gesamten deutschen Zollvereinsgebiet drei Millionen Baumwollspindeln, 37000 Webstühle und 100 Druckmaschinen. Die gesamte deutsche Industrie war also kaum stärker ausgerüstet als die der neugewonnenen Länder. Die deutschen Handelskammern hatten sich denn auch aus allen Kräften, aber vergeblich, der Annexion der überlegenen Konkurrenten widersetzt. Allerdings bestand ein sehr bedeutender Unterschied in der Qualität des Produkts. Die elsässische Baumwollindustrie war auf die verfeinerten Bedürfnisse und den feineren Geschmack des französischen Marktes eingerichtet; in dem damals noch armen Deutschland aber hatte man zunächst für diese feinen Garnnummern und Stoffe keine Verwendung. Dazu kam, daß der deutsche Zollsatz auf Baumwollgarne und Baumwollstoffe nicht nur überhaupt viel niedriger war als der französische, sondern daß er lediglich das Gewicht der eingeführten Baumwollware berücksichtigte. Gerade die feinen Erzeugnisse, wie sie die Mülhausener Industrie herstellte, waren daher ungleich weniger geschützt als die gröberen Produkte der sächsischen und schlesischen Hausindustrie. Dadurch wurde aber die elsässische Industrie geradezu gezwungen, in einen verzweifelten Konkurrenzkampf mit der deutschen einzutreten. Zwar ging sie nur zum Teil und allmählich zur Produktion gröberer Garne und Stoffe über, zu welchem Zweck sie in weitem Maße ihre Maschinen umbauen mußte; sie begann aber den Preis des Produkts möglichst herabzusetzen und mit diesen billigen Erzeugnissen den deutschen Markt zu überschwemmen. Die schlesischen und sächsischen Handweber waren dieser übermächtigen Konkurrenz nicht gewachsen **und gingen massenhaft zugrunde.** An ihre Stelle traten mechanische Fabriken. So beschleunigte die Annexion der fachindustriellen Gebiete des Elsaß den Prozeß der Verdrängung der Hand- durch Maschinenarbeit in den Stammlanden dieser Industrie und verschärfte das Elend der zum Untergang verurteilten Handweber.

Während aber so die eigentliche elsässische Baumwollindustrie zwar selbst schwer geschädigt, aber doch als Siegerin das Feld behauptete, war die Fabrikation von gemischten Stoffen wie Halbwolle und Halbseide in den Reichslanden weniger glücklich. Zahlreich waren die Bankrotte auf diesem Gebiet. Die Zahl der Arbeiter ging sehr stark zurück. Noch trauriger war das Los der elsässischen Färbereien und Zeugdruckereien, die massenweise zugrunde gingen.

Bis zum Jahre 1870 hat sich die Baumwollindustrie sowohl in den Gebieten von Sachsen und Schlesien als auch im Elsaß rasch entwickelt. Von da an bis Ende der 80er Jahre finden wir kaum noch einen Fortschritt. Die Zahl der Baumwollspindeln Deutschlands betrug 1873 etwa 4½ Millionen. Bis 1887 stieg sie nur noch um eine halbe Million.

Käme heute Elsaß-Lothringen wieder zu Frankreich, so würde die elsässische Textilarbeiterschaft heute genau so, wahrscheinlich aber noch mehr wie 1871, unter den Folgen der Lostrennung der elsässischen Textilindustrie vom bisherigen Wirtschaftsgebiet zu leiden haben. Denn in Frankreich ist die Textilindustrie derart entwickelt, daß ein plötzlicher Zuwachs so hochentwickelter Industrie, wie sie im Elsaß vorhanden ist, einen erbitterten Konkurrenzkampf im französischen Wirtschaftsgebiet auslösen müßte. Natürlich würden es in erster Linie die Arbeiter der eroberten Landesteile sein, auf deren Kosten dieser Konkurrenzkampf ausgefochten würde. Das würde natürlich nicht nur auf die elsässischen, sondern auf die Textilarbeiter aller Gebiete zutreffen, die am Ende dieses Krieges durch Eroberung einem fremden Staats- und Wirtschaftsgebiet einverleibt würden. Wenn die deutsche Textilindustrie, die heute schon für mehr denn 1000 Millionen Mark Waren ins Ausland verkaufen muß, um die Arbeiter zu beschäftigen, **noch einige hunderttausend Textilarbeiter einverleibt bekäme,** so würde das eine ungeheure Krise in der deutschen Textilindustrie hervorrufen. **Vor diesem „Segen“ wollen wir uns bewahren.**

Wie die Notlage der Textilarbeiterschaft ausgenutzt wird.

✡ Vor einigen Wochen berichteten wir über Lohnreduzierungen bei der Firma Heinrich Böttger, Tuchfabrik in Leisnig. In einer Eingabe an das Generalkommando des 19. Armeekorps war Beschwerde geführt worden, daß die genannte Firma den Stopferinnen die Löhne reduziert habe, ohne auch nur etwas vorher zu sagen. Als dann nach dem Lohnabzug der zuständige Meister gefragt wurde, gab er als Ursache der Lohnreduzierung an, die Arbeiterinnen hätten „zuviel“ verdient.

Heute sind wir in der Lage, unseren Mitgliedern ein Schreiben der genannten Firma an den Stadtrat von Leisnig bekanntzugeben, in dem in recht wenig geschickter Weise der Versuch gemacht wird, um die blamable Sache herumzukommen. Es gelingt das natürlich nicht, sondern stellt die Firma nur erst recht in ein ungünstiges Licht.

Kriegsarbeit der Frauen.

Von M. S.

Der entsetzliche Krieg, unter dessen Wirkung die Arbeiterklasse aller kriegführenden Staaten gleich schwer leidet, hat bei der weiblichen Bevölkerung Kräfte frei gemacht, die sonst wohl nie zur Entfaltung gelangt wären.

Nicht über die großzügige allgemeine Hilfsaktion, die sich unter Mitwirkung der Frauen aller Gesellschaftskreise gegenwärtig überall vollzieht, soll hier gesprochen werden. Darüber wird später nach Beendigung des blutigen Ringens berichtet werden. Eine Tätigkeit aber, unscheinbar an sich und als altmodisch und überlebt von vielen angesehen, wird seit Beginn des Krieges von Frauen aller Altersklassen ausgeübt. Und diese soll einer Betrachtung unterzogen werden. Die Strickarbeit ist wieder zu Ehren und Ansehen gelangt, und alles strickt jetzt für die Soldaten. Müde, zittrige Matronenhände, harte, arbeitsgewohnte Hände der Frauen des Volkes, weiche, gepflegte Hände der Frauen der sogenannten besseren Gesellschaftskreise und zarte Kinderhände arbeiten jetzt mit den fünf klappernden Nadeln, als hätten sie nie etwas anderes getan. Was alles nur dem Schutz gegen Kälte dienen kann, wird von den immer regen Händen hervorgebracht. Strümpfe, Kniewärmer, Leibbinden, Pulswärmer, Ohrenschützer, Kopfhüllen, Schals und dergleichen nützliche Dinge entstehen täglich in vielen Exemplaren. Und diese unscheinbare, oft verspottete Arbeit hat solchen Umfang angenommen, daß lange Eisenbahnzüge mit handgestrickten Wollsachen ins Feld gehen konnten und auch noch gehen werden, die den tapferen Kriegern mit den wärmenden Sachen auch die Grüße aus der Heimat vermitteln. Denn mit jeder Masche, die geschlungen wird, werden gute Wünsche für den Empfänger hineingestrickt, den die meisten Strickerinnen nicht einmal kennen.

Hat es nicht etwas Rührendes, kleine Mädchen, die das Stricken eben lernten, mit emsiger Geschäftigkeit Soldatenstrümpfe stricken zu sehen? Wie leuchten ihre Augen, wenn das Werk ihnen, langsam fortschreitend, endlich gelingt! Mit doppeltem Eifer und doppelter Liebe wird die Arbeit getan, wenn es für den im Felde stehenden geliebten Vater oder einen lieben Onkel zu stricken gilt. Muß einem Vater nicht das Herz unter dem Waffenrock warm werden, wenn er wärmende Sachen erhält, hergestellt von den fleißigen Händen seines vielleicht sonst recht quecksilbernen Töchterleins? Hat es nicht gleichfalls etwas Rührendes, wenn müde, alte Frauen unaufhörlich die welken Hände rühren, um junge Krieger mit wärmenden Hüllen zu versehen? Jene Braven, die ihr Leben einsetzen, um den Herd zu schützen, an dem ein altes Großmütterchen nach harter Lebensarbeit ausruht?

Doch auch diese, die Geber wie die Empfänger gleich beglückende Tätigkeit hat ihre Kritiker gefunden. Die Kritik ist hier um so unverständlicher, als mit jener Tätigkeit niemandem Schaden zugefügt, aber Hunderttausenden Liebes und Angenehmes erwiesen wird. Wollen doch die Kritiker und Spötter auch bedenken, daß es allerorten eine Anzahl Frauen gibt, in deren bescheidene Existenz der Krieg mit rauher Hand hineingriff und die, zu anderer Arbeit untauglich, durch bezahlte Strickarbeit sich etwas verdienen können. In Kriegszeiten bemüht sich jeder, der Gesamtheit zu dienen. Weshalb dann Spott für die Strickerinnen? Den in der Strickerei beschäftigten Textilarbeitern und -arbeiterinnen wird durch die jetzt geübte Handstrickerei ein Schaden nicht zugefügt. Sie sind in mehr als ausreichendem Maße mit Heereslieferungen anderer Art beschäftigt. Zudem hört mit dem Krieg auch die allgemeine Strickerei wieder auf.

Wünschen wir also, daß durch unangebrachte und gedankenlose Kritiken nicht der Quell der allgemeinen Menschenliebe, der jetzt so lebhaft sprudelt, wieder verstopft werde, und denken wir daran, daß die vielen tausend Frauen- und Kinderhände, die jetzt die klappernden Nadeln führen, sich mit ihrer Arbeit auch in den Dienst des Vaterlandes stellen. Leistet auch die Frau mit ihrer unscheinbaren Arbeit nicht so Großes, wie der für die Freiheit des Volkes kämpfende Mann, so trägt sie doch dazu bei, das Los der Kämpfenden erträglicher zu gestalten.

Wer darf sich in einer Zeit, da alles für unser Volk auf dem Spiele steht, anmaßen, kleinlich über die Kriegsstrickerei der Frauen zu denken?

Ein Blatt, das über Strickwut respektlose Bemerkungen gemacht hatte, erhielt zur Antwort folgendes Gedicht einer ungenannten Strickerin:

Strickstrumpf, geschmähter, wie kamst du zu Ehren,
Lächeln der Männer soll dir nicht wehren.
Altmodisch Aussehn, was geht es uns an,
Jetzt hält die große Zeit uns im Bann.

Wie vor dem Großen das Kleine zerfallen,
Spüren wir Frauen doch auch vor allen,
Einzelerleben, wie wird es so klein,
Nichtige Dinge sie werden zu Schein.

Aber der Strickstrumpf, der Strickstrumpf in Ehren,
Wo so viel Füße nach Wärme begehren,
Tapfere Füße und tapfere Hände,
Dafür stricken wir ohne Ende.

Und unsere Nadeln beginnen zu leben,
Wie sich unzählige Maschen verweben;
Auch um uns Frauen im deutschen Land
Schlingt sich ein immer festeres Band.

Wie sie gefallen, die alten Schranken,
Wie uns so nahe die fernsten Gedanken,
Nahe im Jubel, nahe in Tränen,
Harren und Hoffen, Bangen und Sehnen.

— Strickstrumpf in Ehren, mit alten Händen
Lerne auch ich noch solch Kunstwerk vollenden,
Stolzer drauf heut als auf Wissen und Denken,
Stolz, es den Kriegern da draußen zu schenken.

Wißt ihr's nicht, ihr mit den spöttischen Mienen,
Welch einem heiligen Zwecke wir dienen?
Wenn wir, statt Pinsel und Feder zu führen,
Jetzt unsere Nadeln so tapfer rühren?

Tausend und tausend die Hände sich reichen,
Groß im Erbarmen und stark ohnegleichen,
Stark im Ertragen und stark im Entbehren,
Wie es die Helden da draußen uns lehren.

Darum, der Strickstrumpf, er sei nicht begraben.
Erst wenn die Glocken verkündet haben
Sieg unserm Deutschland und Frieden wieder,
Dann erst legen die Nadeln wir nieder.

Die Firma Heinrich Böttger bestätigt zunächst in ihrem Schreiben an den Stadtrat, daß die repassierten Stücke, wie in der Eingabe unseres Gauleiters angegeben, 45 Meter lang gewesen sind, und daß dafür zuerst 1,20 Mk. gezahlt wurden. Die Firma meint, früher sei für 40 Meter 1 Mk. Repassiererlohn gezahlt worden, so daß eigentlich auf 45 Meter nur ein Lohn von 1 Mk. 12½ Pf. komme. Sie habe aber, weil zu Beginn der Verlängerung der Stücke noch mancherlei Fehler aus den Stücken zu entfernen waren und sie einen Nachteil ihrer Stopferinnen nicht haben wollte, 1,20 Mk. für das Stück bezahlt. Dann heißt es wörtlich:

„Erst nach und nach erreichten meine Garne den Grad der Haltbarkeit, daß die Weber die Stücke in bester Beschaffenheit, also mit wenig Fehlern und Fadenbrüchen zur Lieferung bringen konnten. (Die Arbeiterinnen behaupten, daß die Stücke zum mindesten nicht besser sind, wie anfangs. D. Red. d. „T.".) Nachdem nun die eben erwähnte Verbesserung der Ware von Woche zu Woche deutlichere Formen annahm, trug ich kein Bedenken, den Lohnsatz für 45 Meter von 1,20 Mk. auf 1,05 Mk. herabzusetzen, **da die Gefahr bestand, daß die hohen Verdienste der Stopferinnen Unzufriedenheit bei den übrigen Arbeiterinnen hervorrufen würden.**"

(Da die Wochenlöhne der 10 Stopferinnen, die Herr Böttger angegeben hat, 11 bis 21 Mk., der Durchschnittslohn in den von Herrn Böttger angeführten 9 Wochen aber betragen hat:

1	Arbeiterin	16,23	Mk.
2	Arbeiterinnen	14,04	„
3	„	14,45	„
4	„	13,49	„
5	„	17,57	„
6	„ (in 8 Wochen)	14,44	„
7	„	16,71	„
8	„	15,16	„
9	„	16,71	„
10	„	17,67	„

so müssen doch die übrigen Arbeiterinnen ganz kümmerliche Löhne erhalten, wenn dieser Lohn Unzufriedenheit bei den Arbeiterinnen hervorrufen sollte. **Uebrigens rechtfertigte das noch lange nicht den Lohnabzug der Stopferinnen, sondern nur eine schleunige Lohnzulage bei den übrigen Arbeiterinnen, denn Durchschnittslöhne von 13 bis 17 Mk. sind doch bei den heutigen teueren Lebensverhältnissen nicht etwa hohe oder auch nur auskömmliche Löhne.** Uns will es scheinen, daß die Löhne mehr die Unzufriedenheit verschiedener Vorgesetzter der Firma Böttger hervorgerufen hat. Daraus hat es sich wohl dann, wie die Firma später sagt, „nötig" gemacht, den Lohnabzug zu machen. Denn wie aus einer Eingabe der Arbeiterschaft vom 9. Dezember 1914 an die Firma zu entnehmen ist, wird über die Behandlung von den Vorgesetzten Beschwerde geführt, durch welche die Arbeiterinnen bei jeder Gelegenheit zu hören bekommen: **„Wem es nicht paßt —, wir bekommen alle Tage andere Leute."** Oder aber es heißt: **„Es geht nicht so fort, alle Wochen 20 Mk. mit nach Hause nehmen."** Wir konstatieren zur Illustration der Objektivität solcher Vorgesetzter, daß nach den Angaben des Herrn Böttger nur 2 von 10 Arbeiterinnen, und zwar jede dreimal, 20 Mk. „nach Hause genommen" hat. Es ist doch ein unerhörter Skandal, daß man den Arbeiterinnen solch eine Behandlung zuteil werden läßt. D. Red. d. „T.".)

In dem Schreiben des Herrn Böttger heißt es dann wörtlich weiter:

„Es entspricht nicht den Tatsachen, daß der Lohnabzug ohne vorherige Mitteilung gemacht worden wäre. (Nanu! Man lese dazu nur, was jetzt folgt. D. R. d. „T.") Der den Stopferinnen direkt vorstehende Meister hat im Gegenteil mehrfach darauf hingewiesen, daß sich **wahrscheinlich** eine Herabsetzung der Löhne **nötig** machen würde."

(Wir wissen nicht, was für ein geistreiches Gesicht der Stadtrat in Leisnig beim Lesen dieses Satzes gemacht hat, oder ob er überhaupt ein geistreiches Gesicht machte. Aber das wissen wir, daß die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, soweit sie fähig ist, die Rechtslage im gewerblichen Arbeitsverhältnis zu beurteilen, mit uns der Meinung ist, daß dieser Satz eine vollständig mißlungene Ausrede ist. Die Firma Böttger möge sich doch einmal eine Gewerbeordnung zulegen, um daraus entnehmen zu können, **daß sie in gesetzlich vorgeschriebener, durchaus bestimmter Form den Arbeiterinnen vor Beginn der neuen Lohnzahlungsperiode bekanntgeben mußte, daß von dem und dem Tage ab der Repassiererlohn nur noch 1,05 Mk. pro Stück betragen würde.** Es genügt durchaus nicht, daß der Meister darauf „hinweist", daß sich „wahrscheinlich" eine Lohnkürzung nötig machen werde, **sondern das beweist nur, was für eine Willkür in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses bei der Firma Heinrich Böttger, Tuchfabrik in Leisnig in Sachsen, besteht.** D. Red. d. „T.")

Es ist daher auch für die Frage der Rechtsungültigkeit der gemachten Lohnabzüge völlig bedeutungslos, wenn die Firma schreibt:

„Ferner soll festgestellt werden, daß auch nicht eine Stopferin im Kontor oder bei einem Firmeninhaber über die Maßnahmen Beschwerde geführt hat."

(Wenn die Arbeiterinnen von Vorgesetzten bei jeder Gelegenheit vorgeleiert bekommen: „Wem es nicht paßt —, wir bekommen alle Tage andere Leute," **da wissen sie doch schon vorher, was sie für einen Bescheid im Kontor erhalten werden und können sich mithin den Gang und auch eine neue Demütigung ersparen.** Solche Redensarten aber beweisen, wie jetzt die Notlage der Textilarbeiter ausgenutzt wird. Dagegen legen wir öffentlich Verwahrung ein. D. Red. d. „T.".)

Darüber hilft auch die Sentimentalität nicht hinweg, mit der Herr Heinrich Böttger sein Schreiben an den Leisniger Stadtrat schließt. Er sagt:

„Im übrigen sage ich nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß das langjährige, durch nichts getrübte (?) Verhältnis der beiden Firmeninhaber zu dem gesamten Arbeiterpersonal jederzeit Gewähr dafür leistet, daß für alle Leistungen auskömmliche, gute Löhne gezahlt werden."

(Wir bestreiten durchaus nicht, daß die Firmeninhaber die Ueberzeugung haben mögen, auskömmliche und gute Löhne zu zahlen. Aber das Urteil ist doch eben nur ein subjektives. Das objektive Urteil würde wohl nicht nur über die Löhne, sondern auch über das sonstige Verhältnis zwischen Firma und Arbeitern wesentlich anders ausfallen, wenn man den anderen Teil, nämlich die Arbeiter, hören würde. Wir wissen nicht, ob der Stadtrat in Leisnig Schritte getan hat, um sich ein objektives Urteil über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Heinrich Böttger zu bilden. Dazu wäre nötig, auch die Arbeiter zu hören. Viele sächsische Stadträte können sich ja leider hierzu noch nicht aufschwingen. Möglich, daß der Stadtrat von Leisnig mit zu den wenigen löblichen Ausnahmen gehört. Vielleicht können uns unsere Kollegen in Leisnig etwas darüber mitteilen. Aus den uns vorliegenden Akten geht das nicht hervor. Aber etwas anderes geht aus diesen Akten hervor. Wir finden da nämlich in einer Eingabe unseres Gauvorstehers, datiert vom 9. Dezember 1914, eine Beschwerde an die Firma Heinrich Böttger in Leisnig, die, wenn sie auf Tatsachen beruht, ein recht sonderbares Licht wirft auf die „nicht getrübten Verhältnisse" bei der genannten Firma. Es heißt in dieser Beschwerde:

„Bei Arbeitentgegennahme waren sich vor einigen Tagen Arbeiterinnen im Moment nicht ganz darüber einig, welche Tafel das Stück zu bearbeiten hat. Einige Arbeiterinnen können dabei etwas laut gewesen sein. Hierüber berichten mir Arbeiterinnen übereinstimmend, daß von Herrn Georg Böttger, der bei dem Vorgang zugegen war, folgende Bemerkung zu dem Vorgesetzten der Arbeiterinnen gefallen sei: **Wenn sie nicht aufhören, hau'n Se 'n paar auf die Schnauze. Mit den paar Mädels werden wir doch fertig werden."**

(Wir hoffen zuversichtlich, daß uns die Firma Heinrich Böttger in Leisnig umgehend wird mitteilen können, daß diese skandalöse Aeußerung, Arbeiterinnen vom Vorgesetzten zu verprügeln, nicht getan worden ist. D. Red. d. „T.".)

Nun zu einer anderen sächsischen Firma. Die Firma Sachs in Böhringen schien die Kriegszeit auch ganz besonders für geeignet dazu ausersehen zu haben, die augenblickliche Notlage der Textilarbeiter auszunützen. Sie begnügte sich nicht mit der Zahlung niedriger Löhne, sondern sie nahm auch ganz horrende Mietsteigerungen für ihre Arbeiterwohnungen vor; auch für Mieter, die im Kriege sind. Auf Beschwerde der hartbedrängten Arbeiter bei unserer Chemnitzer Gauverwaltung griff diese ein und sandte eine Eingabe an die militärische Behörde. Wie wir aus einem Brief aus Böhringen entnehmen, ist am 28. November der Herr Amtshauptmann mit einem Sekretär aus Döbeln erschienen, um sich über die Zustände zu informieren. Die Herren haben sich von Mädchen der Firma Sachs die Lohntüten zeigen lassen und sollen sehr erstaunt gewesen sein, als sie darin Löhne von 5 und 6 Mark vorfanden. Es soll nun der Firma untersagt worden sein, Arbeiter zu entlassen. Ferner darf sie niemand aus den Miethäusern jagen und auch keine Mietsteigerungen vornehmen. Hier ist also durch das Eingreifen unserer Organisation eine Anzahl von Arbeitern aus großer Bedrängnis befreit worden.

Aber vieles, vieles bleibt noch zu tun. Der Handelskammer in Chemnitz ist eine Eingabe gemacht worden, in welcher eine ganze Anzahl Firmen, die sich auf die Orte Burkhardtsdorf, Ehrenfriedersdorf, Brünlos, Callenberg bei Waldenburg, Hohenstein-Ernstthal, Hohenfichte und Mittweida verteilen, namhaft gemacht werden, die Lohnreduzierungen vorgenommen haben. Einige Firmen haben diese Reduzierungen inzwischen wieder zurückgenommen. **Hoffentlich setzt es nun die Handelskammer durch, daß auch die übrigen Firmen ihre Lohnkürzungen rückgängig machen.** Sinkende Löhne und steigende Lebensmittelpreise, das sind zwei Dinge, die sich unmöglich miteinander vertragen.

Zum Anschluß der Spitzen- und Stickereizeichner an den Deutschen Textilarbeiterverband.

Der mit dem 1. Januar d. J. zur Tatsache gewordene Gesamtübertritt der bisherigen Ortsgruppe Plauen des Verbandes der Kunstgewerbezeichner bildet den Abschluß einer Entwickelungsperiode dieser Erwerbsgruppe auf gewerkschaftlichem Gebiete, die im großen und ganzen ein Ringen um die zweckmäßigste Organisationsform war. Viele innere Kämpfe waren nötig, ehe die Erkenntnis des Notwendigen durchdrang. Die Spitzen- und Stickereizeichner bilden gegenwärtig einen nicht unwichtigen Bestandteil der Industrie der Spitzenweberei und der Stickerei, denen der beispiellose Aufschwung derselben zum gewissen Teil mit zu verdanken ist. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß mit dem Stand der Intelligenz dieser Zeichnerschaft die Industrie steht oder fällt. Leider hat aber die wirtschaftliche Entwickelung auf den Wert dieses Standes und die zum gedeihlichen Schaffen notwendigen Existenzbedingungen wenig Rücksicht genommen. Dadurch, daß schon frühzeitig die Herstellung der Zeichnung sich als selbständiger Gewerbebetrieb herausbildete, der gegenwärtig den Berufsverhältnissen seinen besonderen Stempel aufdrückt, ist die Arbeitskraft des einzelnen in der Hauptsache zum Ausbeutungsobjekt geworden.

Die Tätigkeit des Zeichners ist eine produktiv schöpferische und liegt teils mehr auf künstlerischem, anderenteils mehr auf technischem Gebiet. Die erstere Tätigkeit besteht in der Schaffung neuer, der jeweiligen Mode angepaßten Formen für die Industrieerzeugnisse und hat besondere künstlerische Fähigkeiten und Vorbildung, aber nicht ausnahmslos akademische Vorbildung des Schaffenden (Entwerfers) zur Voraussetzung. Den ausführenden Zeichnern (Vergrößerern) liegt die Ausarbeitung dieser Formen zur technischen Zeichnung ob, die ihrerseits erst die Möglichkeit gibt, die Industrieerzeugnisse in der gewünschten Form, Größe und Qualität auf mechanischem Wege herzustellen. Die wirtschaftliche Lage der Entwerfer ist, Ausnahmen abgerechnet, alles andere als gut zu nennen, doch erträglicher als die der Vergrößerer. Erstere genießen fast unbestritten die Angestelltenrechte und ihr Durchschnittseinkommen ist etwas höher als das der letzteren, doch nicht genügend, um sorgenfrei künstlerisch schaffen zu können, und nur in wenigen Fällen im richtigen Verhältnis zu den auf die Ausbildung verwendeten Unkosten.

Schon frühzeitig stellte sich in dem ziemlich jungen Beruf die Notwendigkeit heraus, durch beruflichen Zusammenschluß sich gegen die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und der wirtschaftlichen Lage zu wehren, doch herrschte noch wenig Klarheit über den Weg und die Kampfesmittel. Die ersten Anfänge der Organisation blieben in Fachsimpeleien stecken. Ein weiterer Schritt war die im Jahre 1895 erfolgte Gründung des Vereins der Musterzeichner Plauens. Anfänglich gehörte dieser Verein dem „Verband Deutscher Musterzeichner"*) an, der heute noch mit zirka 300 Mitgliedern existiert, aber weder Fisch noch Fleisch ist, und bei dem Arbeitgeber ordentliche Mitglieder sein dürfen. Bereits im folgenden Jahre nach der Gründung löste sich der V. D. M. Pl. von diesem Verbande los und gründete in Gemeinschaft mit dem Zeichnerverein Gera, der sich gleichfalls vom „Verband Deutscher Musterzeichner" losgesagt hatte und, wie der Plauener Verein, als Lokalorganisation weiter bestand, eine eigene Zeitung, welche hauptsächlich die wirtschaftlichen Interessen vertreten und der Zeichnerbewegung als Rückgrat dienen sollte. Aus den Nummern dieser Zeitung ist heute noch zu ersehen, welcher Kampfesmut die damaligen Führer beseelte, die durchweg Männer mit gewerkschaftlicher Schulung und klarem Blick waren. Einer folgerichtigen Entwickelung, gleichartig der der Arbeitergewerkschaften, stellten sich aber die verschiedensten Hindernisse entgegen.

In erster Linie erschwerte der Standesdünkel unter den Zeichnern damals die Agitation. Die Zeichner fühlten sich als besonderer Stand und für zu erhaben, einer Organisation beizutreten, welche wirtschaftliche Interessen vertrat. Man verzichtete ferner darauf, die Kampfesmittel anzuwenden, welcher sich die Arbeiter schon längst mit Erfolg bedienten. Sodann verhinderte die in sich abgeschlossene Art der Tätigkeit jeder einzelnen Berufsgruppe (Spitzen-, Kleider-, Gardinen-, Möbel-, Seidenstoff-, Möbel- und Maschinenzeichner usw.) die Aufwärtsentwickelung zu einer Zentralorganisation. Jede Gruppe glaubte besondere Interessen zu haben. Jahrelange innere Kämpfe wurden geführt, ehe die Anschauung Boden gewann, daß der Zeichnerstand als solcher auch gemeinsame Interessen zu wahren hat.

Als dann im Jahre 1908 eine allgemeine Bewegung einsetzte, alle Zeichner Deutschlands unter eine Fahne zu scharen, schloß, neben einer Anzahl anderer Lokalgruppen, auch der Verein der Musterzeichner Plauens sich an. Die neue Organisation, der Verband der Kunstgewerbezeichner, schuf sich ein klares Programm: Vertretung wirtschaftlicher und künstlerischer Interessen, gesetzliche Anerkennung aller Zeichner als Privatbeamte usw. Für Plauen hatte diese neue Organisationsform eine außergewöhnliche Zugkraft. Obwohl nach erfolgtem Uebertritt der Mitgliederbestand fast um die Hälfte sank, stieg er innerhalb der ersten vier Jahre von 170 auf 700. Das Bestreben aber, alle Zeichner, ob entwerfende oder technische, in einer Organisation zusammenzubringen, was in den meisten Ortsgruppen des Reiches gelang, ist in Plauen einesteils an der indifferenten Haltung der Entwerfer, anderenteils an den unterschiedlichen Berufsverhältnissen und somit stark auseinandergehenden Interessen beider Kategorien gescheitert. Das Bestreben der Plauener Ortsgruppe, die Verbandspolitik, den ihrer Eigenart angepaßten Bedürfnissen entsprechend, zu beeinflussen, mußte, obwohl die Ortsgruppe ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder ausmachte, selbstverständlich erfolglos bleiben, da es den Bedürfnissen der anderen Ortsgruppen zuwiderlief. Die Ueberzeugung brach sich darum mehr und mehr Bahn, daß der V. d. K., trotz großer finanzieller Opfer, nie imstande sein wird, den Spitzenzeichnern genügend Rückhalt zu bieten, zumal er ein engbegrenztes Ausdehnungsgebiet hat und infolgedessen immer ein kleiner Verband bleiben wird, wenn er nicht den Anschluß an eine größere verwandte Organisation sucht. Dies kann aber nur in der Richtung der Angestelltenverbände geschehen. Dieser Schritt wäre aber für Plauen ein weiteres Experiment. Weitere Versuche verbieten aber die zugespitzten Berufsverhältnisse der technischen Zeichner dieser Industrie.

In den letzten Jahren haben sich unter diesen weitere Arbeitsteilungen herausgebildet, ferner nahmen die Entlohnung nach Akkord und Arbeitsverhältnisse unter Ausschluß der Kündigung sowie die Heimarbeit mehr überhand. Zudem hat die jahrelange Krise in der Industrie den wirtschaftlichen Druck noch verstärkt, und der Krieg hat die Aussicht auf bessere Existenzverhältnisse noch bedeutend verdunkelt. Diese Verhältnisse einer Masse von ungefähr 2000 Zeichnern, die sich speziell auf Plauen und das Vogtland konzentriert, bedingen eine gewerkschaftliche Tätigkeit größeren Stils. Die Tatsache aber, daß die Vergrößerer, laut Entscheidung des Rentenausschusses, im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht versicherungspflichtig sind und, den verworrenen Berufsverhältnissen nach, vorderhand eine solche Versicherung auch nicht durchführbar ist, verbietet von selbst, die Verbandspolitik der Angestellten mitzumachen. Eine solche Politik würde auch nach den bisherigen mißlungenen Versuchen unter den Vergrößerern keinen Anhang mehr finden. Es gilt für sie in erster Linie, geordnete Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse zu schaffen. Dazu ist aber eine starke, gefestigte Organisation nötig. Aber ohne Kampf ist dieses nicht zu erreichen. Diese Erkenntnis muß Allgemeingut der Plauener und mit ihr der gesamten Spitzenzeichner werden, wenn es in ihrem Beruf besser werden soll. Darum, Kollegen, auf zu neuem zielbewußten Kampf für die Besserung der Existenzverhältnisse und für die Gesundung des Berufes, zum Heil der gesamten Industrie! St.

*) Auf dem 1. Allg. Deutschen Musterzeichnertag, abgehalten am 17. und 18. April 1892 in Leipzig, begründet. Plauen war auf diesem Tag mit zwei Vereinen vertreten. Siehe „Geschichte der Zeichnerbewegung" in dem „Bericht über den 1. Verbandstag, Berlin, 1910".

Die Wochenhilfe während des Krieges.

In Nr. 50 des Jahrgangs 1914 unserer Zeitung brachten wir die Bundesratsverordnung betreffend Reichshilfe für Wöchnerinnen zum Abdruck. Eine inzwischen vom Reichsamt des Innern herausgegebene Verfügung bestimmt, daß das Gesetz am 3. Dezember, dem Tage der Verkündung, in Kraft trat und rückwirkende Kraft nur für die Fälle besitzt, für die die gesetzliche Schutzfrist für Wöchnerinnen und die in der Reichsversicherungsordnung zum Bezug von Stillgeld vorgesehene Frist noch nicht verstrichen ist. Das bedeutet eine erhebliche Benachteiligung der Mütter, die in der ersten Zeit des Krieges entbunden haben. Nach der Erklärung des Reichsamts des Innern ist leider, einstweilen wenigstens, nichts daran zu ändern.

Die rückwirkende Wochenhilfe kann sich jede Frau leicht selbst berechnen. Hat z. B. eine Frau am 22. Oktober entbunden, so hat sie weder Anspruch auf den Betrag von 25 Mk. für die Entbindungskosten noch auf die 10 Mk. für Schwangerschaftsbeschwerden, noch auf das Wochen- und Stillgeld für die am 3. Dezember abgelaufenen 6 Wochen; Nachtragszahlungen werden nicht gewährt. Wohl aber hat sie noch Anspruch auf Wochengeld und, wenn sie stillt, auch auf Stillgeld ab 3. Dezember, dem Tage des Inkrafttretens der Bundesratsverordnung. Sie hat noch zu erhalten für zwei Wochen Wochengeld pro Tag 1 Mk., also pro Woche, da der Sonntag mitbezahlt wird, 7 Mk. Stillt sie ihr Kind, so hat sie für diese zwei Wochen noch pro Tag 50 Pf., pro Woche 3,50 Mk., neben dem Wochengeld zu beanspruchen. Im Falle des Stillens wird das Stillgeld, da es insgesamt für 12 Wochen gezahlt wird, noch für weitere vier Wochen gezahlt. Die am 22. Oktober entbundene Wöchnerin hätte also, wenn sie ihr Kind stillt, ab 3. Dezember noch zu erhalten: für 2 Wochen Wochengeld a 7 Mk. gleich 14 Mk., für 6 Wochen Stillgeld a 3,50 Mk. gleich 21 Mk., zusammen also noch 35 Mk. Zur Zahlung verpflichtet ist die Krankenkasse, der der zum Kriegsdienst eingezogene Mann der Wöchnerin bei seiner Einziehung angehört hat. Zahlt diese Kasse auf Grund ihrer Satzungen an Wochenhilfe weniger als 1 Mk. pro Tag, z. B. pro Tag nur 60 Pf., so zahlt das Reich den fehlenden Betrag von 40 Pf. zu. Die Krankenkasse hat also unter allen Umständen 1 Mk. pro Tag zu zahlen und muß auch dann den Sonntag mitbezahlen, wenn ihre Satzungen die Bezahlung desselben nicht vorsehen. Die Mehrausgaben trägt das Reich. Keine Wöchnerin darf sich also mit weniger als 1 Mk. täglich gleich 7 Mk. die Woche abspeisen lassen.

Für welche Frauen kommt die Wochenhilfe in Betracht? Zunächst für die Ehefrauen aller der Kriegsteilnehmer*), die sich bei Kriegsausbruch in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis befanden.

Zur Auszahlung verpflichtet ist die Krankenkasse, bei der der Ehemann versicherungspflichtig war.**)

Ist die Frau eines Kriegsteilnehmers ebenfalls gegen Krankheit versichert, so kann sie selbstverständlich die Wochenhilfe nur aus einer Kasse erhalten. In solchen Fällen sind die einzelnen Kassen verpflichtet, bei der zuständigen Kasse Erkundigungen einzuziehen, um etwaigen Unfug zu verhüten.

Ferner kommt die Wochenhilfe noch in Frage für die nach § 195 der Reichsversicherungsordnung versicherten Wöchnerinnen, deren Männer nicht zum Kriegsdienst eingezogen sind. Sie erhalten von der Krankenkasse, bei der sie selbst versichert sind, als Mehrleistung nach der Bundesratsverordnung über Wochenhilfe während des Krieges nur den Betrag von 25 Mk. als Kosten zur Entbindung, die Beihilfe von 10 Mk. bei Schwangerschaftsbeschwerden und, wenn sie stillen, ein Stillgeld von 50 Pf. täglich für die Dauer von 12 Wochen. Sie sollen zwar nach der Bundesratsverordnung nicht schlechter gestellt werden als die Frauen der Kriegsteilnehmer, müssen aber doch mit einem Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes, wie es die Satzungen ihrer Kasse vorsehen, zufrieden sein. Das dürfte in den weitaus meisten Fällen niedriger als 1 Mk. sein und auch nicht immer für Sonn- und Festtage ausbezahlt werden.

Was hat nun eine Wöchnerin, deren Mann Kriegsteilnehmer ist, nach der Bundesratsverordnung über Wochenhilfe vom 3. Dezember 1914 zu verlangen?

1. Zu den Kosten der Entbindung einen einmaligen Betrag in Höhe von 25 Mk.

2. Ein Wochengeld von täglich 1 Mk. für die Dauer von 8 Wochen, einschließlich der Sonn- und Festtage, von denen mindestens 6 Wochen in der Zeit nach der Entbindung liegen müssen.

3. Eine Beihilfe bis zum Betrage von 10 Mk., wenn bei Schwangerschaftsbeschwerden Hebammendienste oder ärztliche Behandlung in Anspruch genommen werden müssen.

4. Wenn sie das Neugeborene stillt, ein Stillgeld von 50 Pf. täglich, einschließlich der Sonn- und Festtage, bis zum Ablauf der 12. Woche vom Tage der Niederkunft an gerechnet.

Eine Wöchnerin, die vor der Entbindung die Kasse wegen Schwangerschaftsbeschwerden nicht in Anspruch zu nehmen brauchte, hat Anspruch auf die vollen 8 Wochen Wöchnerinnenunterstützung nach der Entbindung. Zu beachten ist ferner, daß in den Fällen des Stillens das Stillgeld neben dem Wochengeld gezahlt wird und nach Ablauf des Wochengeldes noch für weitere 4 Wochen gezahlt werden muß. Die für die Kassen notwendige Kontrolle der Auszahlung des Stillgeldes soll in all den Orten, wo städtische Säuglingsfürsorgestellen bestehen, durch diese ausgeübt werden, in anderen Orten durch die Gemeindeschwester, die Hebamme oder den Arzt, eventuell auch durch von den Kassen dazu besonders bestimmte, für den Zweck vorgebildete weibliche Personen, z. B. die Krankenkontrolleurinnen.

Zur Erhebung der in der Bundesratsverordnung vorgesehenen Unterstützung ist die Vorlegung der standesamtlichen Geburtsbescheinigung und eine Bescheinigung über das Stillen notwendig.

Durchaus unzulässig ist es, wenn einzelne Aufsichtsbehörden die ihnen unterstellten Krankenkassen anweisen, die Wöchnerinnenunterstützung erst dann auszuzahlen, wenn die Behörde die Ausführungsbestimmungen erlassen habe. Das entspricht dem Zweck der Wochenhilfe durchaus nicht. Diese sieht vielmehr eine sofortige Hilfe vor.

*) Als Kriegsteilnehmer ist anzusehen, wer dem Reiche Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leistet oder an deren Weiterleistung oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch Tod, Verwundung, Erkrankung oder Gefangennahme verhindert ist.

**) Der versicherungspflichtig gewesene Ehemann muß aber vor seinem Eintritt in den Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Dienst innerhalb der vergangenen zwölf Monate mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen bei einer Krankenkasse usw. gegen Krankheit versichert gewesen sein. Wird der Ehemann erst nach der Niederkunft der Ehefrau zu Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten herangezogen, so tritt die Reichswöchnerinnenfürsorge natürlich erst mit dem Tage des Dienstantritts des Ehemannes ein. Es sind dann Wochengeld und Stillgeld in dem noch möglichen Umfang, so wie die Bekanntmachung ihn geregelt hat, zu gewähren, während die einmaligen Leistungen (Beitrag zu den Kosten der Entbindung, Beihilfe für Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden) wegfallen, da die Bedingungen für ihre Gewährung zu der Zeit, als diese Kosten entstanden, nicht erfüllt waren.

Wo die Auszahlung verweigert werden sollte, wende man sich sofort beschwerdeführend an das Reichsamt des Innern oder an das Oberversicherungsamt, damit sofort Abhilfe geschaffen werde.

Nach diesen Darlegungen werden unsere Leserinnen über die vom Reich gewährte Wöchnerinnenhilfe während des Krieges nicht mehr im Unklaren sein. Zu bedauern ist, daß die Wochenhilfe nicht allen Wöchnerinnen zuteil wird, sondern nur den Frauen der Kriegsteilnehmer und denen, die gegen Krankheit versichert sind. Die Frauen der Arbeitslosen, die arbeitslosen Frauen und Mädchen und auch die durch Kriegsnotgesetz vom 4. August 1914 von der Versicherungspflicht ausgeschlossenen Heimarbeiterinnen bleiben leider ganz unberücksichtigt. Das ist doppelt schmerzlich angesichts der furchtbaren Opfer, die der Krieg täglich erfordert. Der Gesetzgeber hätte, so dankenswert die Kriegswochenhilfe in ihrer jetzigen Gestalt auch ist, ganze Arbeit machen sollen, indem er die Wochenhilfe auf alle Wöchnerinnen ausdehnte. Der junge Nachwuchs, der in dieser schweren Zeit ins Leben tritt, ist wahrlich zu kostbar, als daß auch nur eins dieser jungen Menschlein zugrunde gehen dürfte, weil man vergaß, seine Mutter in den Kreis der für die Wochenhilfe in Betracht kommenden Personen einzubeziehen.

Martha Hoppe.

Soziales.

Kriegshilfe sozialdemokratischer Frauen in Gera. Die sozialdemokratischen Frauen in Gera hatten in Anbetracht der durch den Krieg hervorgerufenen Notlage einen größeren Posten Frauen- und Kinderkleidung angefertigt, welche am Sonntag, den 13. Dezember, verschenkt wurden. An die Bedürftigen wurden Gutscheine ausgegeben, gegen welche die Geschenke verabfolgt wurden. Man war sich zwar bewußt, daß mit dem verfügbaren Kleidungsbestand nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden könnten, ließ sich aber doch von der Ansicht leiten, daß es doch immerhin besser sei, wenig zu geben, als gar nichts. — Bravo!

Ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen. Am 13. Dezember ist in Berlin ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ins Leben getreten. Die Gewerkschaften und Arbeitervereinler aller Richtungen, die großen Verbände der Konsumvereine und die meisten Privatangestelltenverbände, die größten Beamtenorganisationen haben bereits ihren Beitritt erklärt.

Dem Kriegsausschuß gehören außerdem an: das Bureau für Sozialpolitik, der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der deutsche Käuferbund, der Bund deutscher Frauenvereine. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit über sechs Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Konsumenten darstellen.

Als nächste Aufgabe hat sich der Ausschuß gesetzt eine Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfs zu errichten, die Konsumenten aufzuklären und zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen, den Behörden, Parlamenten und der Oeffentlichkeit gegenüber als ernste Vertretung tätig zu sein, gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen sowie gegen Kriegswucher in jeder Form aufzutreten. — Die vorläufige Adresse des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen ist: Berlin W. 30, Nollendorfstraße 28/30.

Vermischtes.

Wozu die Frage? Den „Burgfrieden" beleuchtet folgender Fragebogen, der einem Harburger Schuhmacher auf sein Arbeitsangebot zuging.

Hameln, Datum des Poststempels.

Wir erhielten Ihr Arbeitsangebot und ersuchen Sie zunächst, das vorliegende Lebenslaufformular vorschriftsmäßig auszufüllen und umgehend an uns zu retournieren, worauf Ihnen weiterer Bescheid zugehen wird.

Achtungsvoll
Norddeutsche Automobilwerke
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Lebenslauf.

von —
genaue Adresse —
Bewerbung als —
Wie alt sind Sie?
Sind Sie verheiratet?
Wo und was haben Sie gelernt?
Bei wem nun?
Wann können Sie bei uns eintreten?
Welche Lohnansprüche stellen Sie?
Gehören Sie einer Organisation an und welcher?

In einem Begleitschreiben wird gesagt, daß die Arbeiten nach dem dafür festgelegten militärischen Tarif mit Kriegsaufschlag vergeben werden. Geübte Arbeiter könnten 7 bis 8 Mark täglich verdienen.

Nach den in der Kriegszeit gemachten Erfahrungen zweifeln wir nicht daran, daß die Militärbehörden Tarifsätze festgesetzt haben, die einen annehmbaren Lohn für tüchtige Arbeiter verbürgen. Aber warum stellt man noch die höchst überflüssige Frage nach der Organisationszugehörigkeit? Wollen die Norddeutschen Automobilwerke auch jetzt noch freiorganisierte Arbeiter zurückweisen. In staatlichen Betrieben hat man die Reverse, durch die man „staatsfeindliche Elemente" fernhalten wollte, an die Seite gelegt. Man ist duldsamer geworden. Die gleiche Duldsamkeit können wir aber auch wohl von einem privaten Betriebe verlangen, wenigstens so lange, als es gut bezahlte Arbeiten für den Staat auszuführen hat.

Diese Leute sind keinen Schuß Pulver wert. Ein Funktionär der Harburger Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes schreibt:

B..... bei R...., den 7. 12. 1914.

Lieber O.....

Ich habe Deine Zigarren erhalten und mich darüber sehr gefreut. Es geht mir soweit ganz gut, was ich auch von Euch hoffe. Hoffentlich steht es mit dem Verband auch noch gut. Vor allem wünschte ich, daß die Austritte endlich einmal aufhören möchten. Nachgelassen haben sie ja jetzt glücklicherweise. Eure Ausführungen im Mitteilungsblatt, wo den Kollegen in das Gewissen geredet wird, waren mir aus dem Herzen gesprochen. Ich hoffe aber auch, daß sich die Kollegen ein Beispiel daran nehmen. Ich habe wirklich nicht geglaubt, daß alte Mitglieder in solchen Zeiten erklären können, „ich muß austreten, weil ich die Beiträge nicht bezahlen kann". Diese Leute sind keinen Schuß Pulver wert! Die nicht eingezogenen Männer sollten sich freuen, daß sie unsere Entbehrungen nicht teilen müssen und sollten die geringen freiwilligen Extrabeiträge mit Freuden bezahlen. Denn sie sind doch für die Arbeitslosen bestimmt. (Das merke man sich auch bei uns.)

Wir Mütter.

Nicht nur am stillen Herd, im Haus —
Man braucht uns auch im Kampfgebraus,
Wo's wehe Wunden gibt zu heilen,
Durch liebe Worte Schmerz zu teilen,
Wo heiße Tränen sind zu trocknen,
Ergeb'nes Lächeln vorzulocken.
So sind auch wir denn Kämpferinnen,
Die stets und ständig darauf sinnen,
Wie herbes Leid man könne lindern
An unsern Männern, Brüdern, Kindern.
Nicht zu vergessen auch der Frauen,
Die hilfesuchend auf uns schauen,
Und die in Trauer und in Jammer
Uns in nur schlecht geheizter Kammer
Mit Sehnsucht, Ungeduld erwarten.
Nicht zu vergessen auch der harten
Pflicht, die wir zu erfüllen trachten
An Kindern, die nach Vatern schmachten,
Den fern die kühle Erde deckt,
In der er tot die Glieder reckt.
So zeigt sich, was im Kriege schafft
Die niemals müde Mutterkraft.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 3. Januar, ist der 1. Wochenbeitrag fällig.

Die unterzeichnete Informationsstelle unseres Verbandes ersucht die Korrespondenten der Ortsverwaltungen, den fälligen Monatsbericht in der letzten Woche des Jahres, spätestens also bis zum 31. Dezember einzusenden. Wir bitten diesmal alle Wahrnehmungen über die Rohstoffversorgung der Betriebe uns eingehend mitzuteilen. Siehe Schlußbemerkung des letzten Kriegsberichts.

Auf der Adresse wolle man bemerken: An H. Jäckel oder: Für das Informationsbureau.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

Zwötzen. Alle Zuschriften, mit Ausnahme solcher, welche die Kassengeschäfte betreffen, sind an den Vorsitzenden, Leonhard Müller, Neue Straße 28, zu richten.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Crimmitschau. Emil Weller, Weber, 39 Jahre alt — Herzschlag.
Elberfeld. August Otto, Färber, 36 Jahre, Herzlähmung. — Ernst Reith, Weber, 49 Jahre, Magenkrebs.
Glauchau. Gottlob Pöhnert, 59 Jahre, Nervenschwäche.
Langenbielau. Elfriede Volkmann, Spulerin, 22 Jahre alt — Entbindungsfolgen.
Reichenbach i. Schl. Karoline Spitzer, 54 Jahre, Magenkrebs.
Ronsdorf. August Jakobs, Bandwirker, 37 Jahre alt — Nierenleiden.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Berlin. Paul Pippig, Sticker, 35 Jahre.
Chemnitz. Max Kühn, Weber, 38 Jahre. — Walter Mai, Spinner, 30 Jahre.
Crimmitschau. Max Albin Hofmann, Langenreinsdorf, 27 Jahre. — Richard Tänzler, 29 Jahre. — Richard Paul Bornig, Lauterbach, 27 Jahre. — Paul Dietrich, Neukirchen, 25 Jahre. — Moritz Arno Sellrich, Frankenhausen, 28 Jahre.
Forst i. L. Richard Fellenberg, 34 Jahre. — Otto Heppchen, 28 Jahre. — Paul Horn, 28 J. — Kurt Hoschach, 21 Jahre. — Karl Nickelkoppe, 25 Jahre. — Paul Noack, 35 Jahre. — Paul Ploschenz 33 Jahre. — Wilh. Wernerus, 28 Jahre. — Alfred Wünsche, 24 Jahre. — Richard Zschieche, 24 Jahre.
Glauchau. Bruno Meyer, 29 J. — Max Veit, Weidensdorf, 23 Jahre.
Gütersloh. August Gottsleben.
Mittweida i. Sa. Moritz Böhm, Weber, 21 Jahre.
Neugersdorf i. Sa. Eduard Lunze, Ebersbach.
Neumünster. Heinrich Widder, Sticker, 27 Jahre.
Ostritz. Max Heisler, 27 Jahre.
Ronsdorf. Emil Raukamp, Bandwirker, 34 Jahre.
Schwarzenbach. Josef Kießling. — Christian Peetz.

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlung.

Wittstock a. D. Sonntag, 3. Jan., nachm. 3 Uhr, bei Wwe. Löbermann, Pritzwalkervorstadt.

Funktionär-Zusammenkünfte.

Aachen. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Frankenberger Bierkeller (großer Saal): Wichtige Versammlung aller Funktionäre des Verbandes. Auch alle anderen Verbandsmitglieder haben Zutritt.

Zahlstellen und Zahltermine.

Berlin. (Südost.) Köpenicker Straße 165 bei Dambeck.
— (Moabit.) Waldstr. 12 bei Schleemann.
— (Norden.) Brunnenstr. 79 bei K. Döhling.
— (Neukölln.) Zietenstr. 69 bei Kramer.
— (Britz.) Kirchhofstr. 41 bei Wolff.
— (Rummelsburg.) Hauptstr. 87 bei H. Poczontek.
— (Charlottenburg.) Volkshaus (Restaurant), Rosinenstr. 3.

Jeden Freitag:

Berlin. (Zentralstelle.) Abends 5—9 Uhr, Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. (Telephon: Königstadt Nr. 1873.)
— (Sticker.) 8—10 Uhr bei Elste, Wallstr. 32/33.
Nowawes. Abends 8—9 Uhr bei Hiemte, Wallstr. 55.

Jeden Sonnabend:

Berlin. (Posamentierer.) Abends 6—8 Uhr bei Lohan, Neue Jakobstr. 26.
— (Dekat. u. Presser.) Abends 7—8 Uhr bei Radke, Neue Jakobstraße, Ecke Inselstraße.
— (Hand- u. Schiffchensticker u. Hilfspersonen.) Abends 8½ bis 10 Uhr bei Friedr. Voß, Weberstraße 6.
— (Weißensee.) Abends 6 bis 8 Uhr bei Paulich, Lehderstr. 5.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 2. Januar

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit ✡ versehenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.